

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Wörkplatz 15145-97
Expedition Wörkplatz 11753-54

Freitag, den 30. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeiger-
Abteilung Wörkplatz 11753-54

Bezugspreis:

Wochenblatt 60.— M., monatlich 2.— M.,
vierteljährlich 7.— M., halbjährlich 12.— M.,
jährlich 22.— M., einschließlich Post-
gebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Westpreußen, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich-
Ungarn und Luxemburg 64.— M., für
das übrige Ausland 72.— M. Post-
gebühren nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Adria- und Slawien, Däne-
mark, Holland, Kurland, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:

Die begebenhalten Anzeigenpreise
sind: 7.— M. „Kleine Anzeigen“
das letzte Blatt 2.— M. (in-
klusive zwei begebenhalten Blätter), jedes
weitere Blatt 1.50 M. (einschließlich
und Schlußzeilen) je nach dem
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort
1.— M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Abonnenten 50 Pf.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Erweiterungsbeitrag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Verhandlungen im Eisenbahnerstreik.

Um 1 Uhr mittags wird gemeldet, daß der Reichs-
verkehrsminister die Eisenbahnerorganisationen zu
neuen Verhandlungen eingeladen hat, die um 4 Uhr
im Reichsverkehrsministerium beginnen sollen. Es ist zu
hoffen, daß diese Verhandlungen nicht ergebnislos verlaufen.
Die Situation ist im Augenblick sehr ernst. Wenn auch die
Regierung den bei ihrem Personal vorhandenen Willen
zur Verständigung zum Ausdruck bringt, dürfte bald
wieder Ruhe im deutschen Eisenbahnbetrieb eintreten.

Um 12 Uhr hatte der Vorstand des VDB., von Mit-
gliedern des Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes
begleitet, beim Reichskanzler Dr. Wirth vorgesprochen.

Die P.M. melden:

Der Reichsverkehrsminister hat zu heute, Freitagmittag, die
sämtlichen Organisationen der Eisenbahner zu neuen Ver-
handlungen in das Verkehrsministerium eingeladen. Da er nach
wie vor auf dem Standpunkt steht, daß er mit den streiken-
den Eisenbahnerorganisationen nicht verhandelt, soll auch,
wie die P.M. hören, Voraussetzung von Verhandlungen mit der
Zentralleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes die Erklärung
sein, daß die Leitung an dem abgeschlossenen Tarifvertrag festhält
und sich nicht hinter die Streitenden stelle. Die christ-
lichen Gewerkschaften der Eisenbahner haben eine solche Erklärung,
daß sie auf dem Boden des Tarifvertrages stehen bleiben, bereits ab-
gegeben, während die Hirsch-Duncker'schen, die allerdings keinen
großen Anhang unter den Eisenbahnerarbeitern aufzuweisen haben,
noch keine Stellung eingenommen haben.

Wir halten diese Nachricht für falsch, zum mindesten ist
sie überholt. Herr Groener kann unmöglich den Eintritt
in Verhandlungen davon abhängig machen, daß die andere
Seite zuvor Erklärungen über ihr Wohlverhalten abgibt. Die
Verständigung ist zu notwendig, als daß man sie an Formali-
täten scheitern lassen dürfte.

Berlin im Streik.

In Berlin ist der Streikbeschuß, der am Donnerstag
abend in einer Funktionärerversammlung des Deutschen Eisen-
bahnerverbandes gefaßt wurde, schon teilweise durchge-
führt worden. Es wird erwartet, daß bis heute abend
der Eisenbahnverkehr in Groß-Berlin rest-
los stillliegen wird, zumal sich auch die Angehörigen
anderer Gewerkschaften an dem Ausstand beteiligen. Die
Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner
wird sich höchstwahrscheinlich noch im Laufe des heutigen
Tages dem Streik anschließen.

Ultimatum der Hamburger Eisenbahner.

Hamburg, 30. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Eine
äußerst stark besuchte Funktionärerversammlung des Deutschen
Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Hamburg, nahm am
Donnerstagabend zu der Bewegung der Eisenbahner Stellung.
Der Bevollmächtigte gab einen Bericht über den Stand
der Bewegung im Reich. Auf das Referat erfolgte eine Aus-
sprache, in der von allen Rednern betont wurde, daß man
den Kampf der in den Streik getretenen Kollegen unfer-
stehen müsse. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

Der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes
soll der Regierung sofort ein Ultimatum stellen, wonach
die Forderungen der Eisenbahner bis zum 31. Dezem-
ber, mittags 12 Uhr, restlos bewilligt werden
sollen, widrigenfalls der Kampf auf der ganzen Linie
aufzunehmen sei. Den streikenden Kollegen im Reich wird
die vollste Sympathie ausgesprochen. Es heißt dann
weiter: „Wir sind bereit, uns diesem Kampf anzuschließen. Die
Ortsverwaltung wird beauftragt, alle ihr notwendig erschei-
nenden Maßnahmen dafür zu treffen.“

In dem Bericht, den die Ortsverwaltung Hamburg des
Eisenbahnerverbandes darüber ausgibt, heißt es noch: „Da-
mit haben die Führer des Deutschen Eisenbahnerverbandes den
Willen der Verbandmitglieder kundgetan. Geht die
Prellgepolitik der heutigen Regierung wel-
terhin ihren verderblichen Weg, so wird auch das Wirtschafts-
leben Groß-Hamburgs in kurzer Zeit in seinen Grundfesten
erschüttert. Der Vorstand ersucht die Mitgliedschaft dringend,
Disziplin zu wahren und die Parole der Ortsverwaltung ab-
zuwarten.“

Die Lage im Westen.

Köln, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die
Situation im Kölner Eisenbahn-Direktions-Bereich hat sich im
wesentlichen nicht geändert. Der größte Teil der Eisen-
bahnarbeiter ist seit Donnerstagmittag,
2 Uhr, ausständig. Es verkehren nur wenige Züge. Der
Eisenbahnverkehr ruht vollkommen. Die Interalliierte Kommission hat

bis zur Stunde nicht eingegriffen, da die Transporte für die Be-
satzungstruppen garantiert sind. Es wird versucht, durch andere
Verkehrsmittel, Autos usw., einen Transport in beschränktem Maße
herbeizuführen. Der Transportarbeiter-Verband und der Verkehrs-
bund haben ihre Mitglieder aufgefordert, Solidarität zu üben und
derartige Transporte nicht auszuführen. Es ist alles ruhig.
Abergriffe sind nicht vorgekommen. Dahingehende
Meldungen sind falsch. Die Haltung der Beamten ist schwankend.
Ein nicht geringer Teil denkt an eine solidarische Handlung.
Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß es auch zu einem Beamten-
streik kommt.

In letzter Stunde erfahren wir, daß am Freitagnachmittag eine
Konferenz stattfinden soll zwischen der hohen Interalliierten Kom-
mission, deutschen Regierungsbehörden und dem Deutschen Eisen-
bahner-Verbande, die sich mit der Situation im Eisenbahnerstreik
be beschäftigen soll. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sollen
Mittel und Wege gesucht werden, die auf eine baldige Beilegung
des Streikes hinführen.

Essen, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die
vom Deutschen Eisenbahnerverband im Direktionsbezirk Essen
herausgegebene Streikparole ist nach den bisher eingegan-
genen Meldungen überall befolgt worden. Die großen Bahnhöfe
Hamm, Dortmund, Wanne, Dertlinghausen, Altensessen und Essen
liegen still. Die volle Wirkung des Streiks läßt sich erst heute nach-
mittag übersehen, da noch viele Züge von auswärts kommen. Troz-
dem die Christen zum Streikbruch auffordern, haben viele
ihrer Mitglieder sich dem Streik angeschlossen. Die Beamten er-
scheinen zum Dienst, versichern aber, keine Streikarbeit verrichten
zu wollen. Im neu besetzten Gebiete Düsseldorf-Duisburg hat die
Besatzungsbehörde den Streik verboten und mit Belage-
rungszustand und Einsperren gedroht, während sich die Eng-
länder in Köln neutral verhalten.

Der Eisenbahnerstreik breitet sich aus! Das ist der Extrakt
aus den ungezählten Meldungen, die aus dem Westen des
Reiches nach Berlin kommen. Schon sind es die Arbeiter nicht
mehr allein, im Elberfelder Bezirk haben sich auch die
Beamten dem Streik angeschlossen. Auch die anderen
Eisenbahnerorganisationen, die sich gestern noch darin ge-
schiele, von Butschabsichten des Deutschen Eisenbahnerverban-
des zu reden, haben sich gezwungen, dem Willen ihrer Mit-
glieder Ausdruck zu verleihen und die Streikparole auszugeben.
Als erste sah sich die Gewerkschaft deutscher Eisen-
bahner Barmen-Rittershausen zu diesem Schritt genötigt.
In Köln ist der Streik nach den heute morgen mitgeteilten
Beschlüssen pünktlich in Kraft getreten. Die Annahme und
der Empfang für alle Güter sind geschlossen und werden mit
sofortiger Wirkung für alle Kölner Bahnhöfe gesperrt. Aus-
genommen bleiben die Sendungen an die Besatzungsbehörden
und Truppen. Heute abend wird auch der Streik in
Berlin zum Ausbruch kommen. Der Eisenbahnpräsident
Wuff hofft allerdings genügend arbeitswillige Kräfte be-
kommen zu können, um den Verkehr aufrechtzuerhalten. An-
gesichts der Erregung aber, die unter der gesamten Beamten-
schaft über die letzte Besoldungsregelung und die Ablehnung
ihrer letzten Forderungen durch den Sachverständigen
für Landwirtschaft Herrn Hermes herrscht, dürfte sich
diese Berechnung als trügerisch erweisen.

Die rechtsstehende Presse schnaubt natürlich Wut über die
Streikenden und versucht die Regierung zu allerlei Scharf-
machereien aufzuheben. Ein sehr probates Mittel hat
„Die Zeit“ entdeckt. Sie empfiehlt dem Verkehrsminister,
unbedingt dafür zu sorgen, daß den Streikenden die Folgen
ihres Tuns in aller Klarheit und Entschiedenheit fühlbar ge-
macht werden. Erhöhte Sicherheitsmaßnahmen, Schutz gegen
Bergewaltigungen und kurzfristige Entlassungs-
warnungen an die Streikenden — mit diesen Mitteln
wird der Verkehrsminister das Streikfeuer auf seinen Herd
beschränken und rasch dämpfen können. Hoffentlich läßt er
es nicht an ihrer nachdrücklichen Anwendung fehlen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fällt über „das Haupt-
regierungsorgan, den „Vorwärts“ her, der eine „Po-
litik des doppelten Bodens“ treibt. Nach ihrer Meinung
mühten wir nämlich unbedingt der Regierung recht geben und
womöglich, statt zur Verständigung zu rufen, mit Scharf-
machereien arbeiten, wie sie und die „Zeit“. Mit Entlassungs-
drohungen wird aber gar nichts erreicht, sondern allerhöchstens
die Situation noch mehr verschärft.

Steigende Kurse.

An der heutigen Berliner Börse setzte sich die feste
Tendenz fort. Der Dollar wurde anfangs mit 184,
später etwa mit 186 bis 187 gehandelt. Auch an der Effek-
tenbörse waren wesentlich höhere Kurse zu verzeichnen.
Man rechnet mit einer allgemeinen Hausse am Devisen- und
Effektenmarkt.

Konflikt in Washington.

Balfour droht Frankreich.

London, 30. Dezember. (W.T.S.) Der Sonderberichterstatter
des Reuterschen Bureaus meldet aus Washington: Nach der Mit-
teilung Sarrants über das von Frankreich beschlossene Programm
für seine U-Boote und Hilfschiffe wurden alle Bemühungen zur
Erreichung eines Übereinkommens bezüglich der Einschränkung der
U-Boote- und Hilfschiffstonnage aufgegeben. Der amerikanische, der italienische und der japanische Delegierte
drückten ihr Bedauern darüber aus, daß ein Übereinkommen nicht
möglich sei.

Balfour sagte, daß Großbritannien das französische U-Boote-
programm als

„eine sehr ernste Bedrohung“

für die Sicherheit Großbritanniens ansehen müsse. Sarrant
sprach ebenfalls über die ersten Besorgnisse Italiens wegen der
wirtschaftlichen Opfer und der politischen Folgen, die das französische
Programm zur Folge haben könnte. Der französische Delegierte er-
widerte hierauf „mit Schärfe“ auf die „Behauptungen“ der Vor-
redner, von denen einige vollkommen unannehmbar für ihn seien.

Balfour

erklärte, während es undenkbar sei, daß etwas anderes als Freundschaft
zwischen Großbritannien und Frankreich herrschen könne,
beweise die Geschichte, daß beide Länder in der fernsten Vergangenheit
in Streit miteinander gewesen seien. Großbritannien sei Frank-
reich stets zur See überlegen und zu Lande unterlegen gewesen.
Frankreich habe niemals in seiner Geschichte zu fürchten brauchen,
daß Großbritannien die Macht hätte, einen Schlag gegen das Herz
Frankreichs zu führen. Niemand sei eine schwächere Militärmacht
in der Lage gewesen, eine überlegene Militärmacht zu gefährden,
nur weil sie mehr Schiffe gehabt hätte. Angenommen, daß das Un-
denkbare geschehe und die Alliierten zu Feinden würden, so sei es
vollkommen klar, daß in diesem Falle die britische Überlegenheit an
Großkampfschiffen das Leben Frankreichs keinesfalls auch nur für
eine Stunde gefährden würde. Wenn Frankreich jedoch die größte
U-Boot-Flotte der Welt besäße, so könnte es diese Flotte, wenn es
wollte, zur Zerstörung des Handels benutzen, und es sei schwer zu
glauben, daß in Zeiten der Gefahr Frankreich diese Flotte nicht so
verwenden würde. Wenn Großbritannien gegen U-Boote un-
bewaffnet sei, so sei es klar, daß Frankreich, indem es diese „verbreche-
rische Waffe“ anwende,

die Existenz Großbritanniens vernichten

könne. Balfour sagte, Sarrant habe von der unbedingten Not-
wendigkeit für Frankreich gesprochen, eine U-Boot-Flotte von 90 000
Tonnen zu besitzen. Zu welchem Zweck? Keineswegs, um mit
einer Großkampfschiff-Flotte von 175 000 Tonnen zusammen zu wirken.
Die U-Boote seien eine mächtige Waffe zu nur einem Zweck, nämlich
zur Zerstörung des Handels. Großbritannien könne nicht anders,
als in Anbetracht der Bedrohung durch die Schaffung einer großen
U-Boot-Flotte innerhalb weniger Meilen von seiner Küste, die zu
seinem anderen Zweck, als zur Zerstörung des Handels dienen
könne, offen erklären, daß es die dadurch geschaffene Lage
nicht gleichgültig ansehen könne.

Washington, 30. Dezember. (E.P.) Die italienische Delegation
erklärte gestern außerhalb der Konferenz, daß, wenn Frankreich nicht
von seinen gegenwärtigen Forderungen ablässe, Italien zu einer
Entente mit England gegen Frankreich gezwungen sein werde.

Gewerkschaftsspaltung in Frankreich.

Paris, 30. Dezember. (E.P.) Der Allgemeine Fran-
zösische Gewerkschaftsbund hat gestern eine Erklärung
veröffentlicht, worin er die Spaltung des Bundes feststellt.
Der Bund ladet die Gewerkschaften ein, dem Ruf der Revolutionäre
nicht zu folgen.

Paris, 30. Dezember. (E.P.) Der Redakteur Reumann
von der „Roten Fahne“ in Berlin, der gestern auf dem kommunisti-
schen Kongress in Marseille eine Erklärung der kommunistischen
Partei Deutschlands verlesen hat, ist in Marseille, als er im Be-
griff stand, den Zug nach Paris zu besteigen, verhaftet worden,
da er keinen regelrechten Paß bei sich trug.

Irland für den Vertrag mit England.

London, 30. Dezember. (E.P.) Nach einer Meldung der
„Central News“ aus Dublin hat die irische Nationalver-
sammlung gestern in einer Geheim Sitzung beschlossen, den
Friedensvertrag zu ratifizieren.

Februarwahlen in England? „Times“ und „Daily News“ be-
richten, daß Reumans im Februar wahrscheinlich Ab-
tritt.

3500 Verhaftungen in sechs Wochen! Nach einer Meldung aus
Kalkutta (Indien) beträgt die Zahl der Verhaftungen während
der letzten sechs Wochen etwa 3500.

Löbe für die Einigung.

Unter der Ueberschrift: „Für die Einigung! — Zum Leipziger Parteitag der Unabhängigen“ veröffentlicht der Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe in der Breslauer „Volkswacht“ einen Artikel, in dem er ausführt, daß die Spaltung organisatorisch immer unerträglicher werde, während sich zugleich die Differenzen immer mehr verringerten:

Die Koalition mit bürgerlichen Parteien ist eine Frage, die auch von den Unabhängigen nicht mehr ganz einheitlich beurteilt wird. In dem Augenblicke, in dem die U.S.P. verlangt, daß ein bürgerlicher Kanzler wie Birth im Amte bleiben soll, in dem sie fordert, daß unsere Minister im Kabinett verbleiben müssen, und in dem sie die bürgerlichen Demokraten tadelt, weil sie nicht gebildet sind, in einem solchen Augenblicke kann das Verbammungsurteil gegen die Beteiligung an einer bürgerlichen Koalition nicht mehr ganz aus ehrlichem Herzen kommen. Da ist man immerhin schon auf dem Standpunkte, daß wenigstens zeitweise ein Ministerium Birth-Schmidt-Kabdruch besser ist, als ein Kabinett Helfferich-Stegerwald-Gothein, und wenn man das erstere durch sein Vertrauensvotum am Leben erhält, ist die Entrüstung der Stettiner und Jenaer Unabhängigen in ihren Anträgen gegen die Koalitionsbeteiligung nicht mehr am Platze.

In den Gemeinden, in den Ländern, in der Gesetzgebungsarbeit des Reiches werden beide Parteien, ganz gleich, ob innerhalb oder außerhalb der Regierung, zwangsläufig in die gleiche Front gedrückt. Wir müssen also, auch wenn die Zeit zur Einigung noch nicht reif ist, wenigstens eine Arbeitsgemeinschaft bilden, und mir will es scheinen, daß es besser ist, wenn der unabhängige Mehrhoff seine Rede damit beginnt, er wolle der Rechten des Hauses nicht das Schauspiel fortwährenden Streites unter den Sozialisten bieten, als wenn Rosenfeld und Crispian keine dringendere Aufgabe kennen, als bei jeder Gelegenheit einen neuen „Verrat der Rechtssozialisten“ zu beweisen.

Löbe erwartet von der Einigung einen Zuwachs von tüchtigen Theoretikern und Politikern und einen gewissen Fonds von Vertrauen, das sich die U.S.P. zweifellos im Ausland erworben habe, und einen gewaltigen Fortschritt zur Wiederherstellung einer einzigen Internationale. Darum spricht er zum Schluß den Wunsch aus, daß der Leipziger Parteitag einer Annäherung und späteren Einigung der beiden Parteien wenigstens keine neuen Hindernisse bereiten möge.

Strefemann als Internationalist.

Die „Freiheit“ meldet unter dieser Ueberschrift: „Der Reichstagsabgeordnete Strefemann hat den Versuch unternommen, eine sogenannte interparlamentarische Konferenz in Amsterdam zur Besprechung der Reparationsfrage zusammenzurufen. Eine Zusage von Entente-Parteien dazu, nämlich die eines einzigen englischen Parlamentariers. Auf Grund dieser Zusage hat Herr Strefemann sich an die Regierungsparteien gewandt und diese eingeladen, zu der Besprechung nach Amsterdam Vertreter zu entsenden. Diese Einladung ist ohne Wissen des Reichskanzlers Birth und des Kabinetts erfolgt. Die Sozialdemokratische Partei hat die Einladung des Herrn Strefemann abgelehnt. Die Zentrumsführer beschäftigten sich gestern beim Reichskanzler mit dieser Frage; sie werden jedenfalls auch zu einer Ablehnung der Einladung kommen.“

Die Meldung ist richtig. An die Sozialdemokratische Partei ist die Angelegenheit mit der Bitte um strengste Vertraulichkeit herangetragen worden. Diese Vertraulichkeit wurde von ihrer Seite gewahrt, so daß die Quelle für die Mitteilung der „Freiheit“ jedenfalls nicht bei ihr zu suchen ist.

Deutschlands Kohlenlieferungen.

Paris, 30. Dezember. Der „Tamps“ meldet: Die Reparationskommission schickte Deutschland eine Frist bis spätestens 30. Januar zur Nachlieferung der rückständigen 1240 000 Tonnen Kohle.

Die 24-Stunden-Zeit.

Erlautes von Frh Müller, Chemnitz.

Die Behörde: 24 St. Z., 32 781/B. In Ansehung des Reichsgesetzes vom . . . (cf. „Reichsgesetzblatt“ Nr. . . . S. . . .), unter Mitberücksichtigung der Ausführungsverordnung vom . . . und in Ansehung an die im Gesetz- und Verordnungsblatt (cf. Nr. . . . S. . . .) abgedruckten Landesgesetzlichen Bestimmungen werden hiermit die nachgeordneten Stellen angehalten, innerhalb ihres Geltungsbereichs baldigstens die Umzeichnung der bisher als „1. bis 12. Stunde nachmittags“ bezeichneten Zeiten in „13. bis 24. Stunde“ zu bewirken.

Der Rörgler: Wieder eine Neuerung, die keinen Zweck hat!

Der Schriftsteller: Die 24-Stunden-Zeit ist entschieden eine feine Sache. Sie war noch nicht eingeführt; und doch hatte ich schon drei Aufsätze, 3 Plaudereien, 9 Gedichte und 42 Wiße über sie in Zeitschriften untergebracht!

Der Zeitungsverkäufer: 20-Uhr-Abendblatt! 20-Uhr-Abendblatt!

Der Pantoffelheld: Da wird meine Alte noch mehr schimpfen, wenn ich statt um 11 erst um 23 Uhr heim komme!

Der Verleger: Wie können Sie mir so ein veraltetes Manuskript anbieten? — Was? — Lügen Sie nicht! Es ist mindestens 2 Jahre alt; denn hier trifft sich das Liebespaar noch nach alter Zeit 18 Uhr abends!

Der Lehrer: Ich begrüße diese Neuerung. Liefert sie mir doch ein feines Aufsatzthema!

Der Beamte: Was, Sie sagen „Herr Zeitler“ zu mir? Sie haben mich mit meinem Titel anzuredet! Für Sie bin ich „Herr 24-Stundenzeitführungs-kommissionsbezirksoberschatzmeister“!!

Der Uhrmacher: Die Partei, welche diese famose Neuerung vorge schlagen hat, bekommt bei der nächsten Wahl meine Stimme!

Der Unternehmer: Von der 24-Stunden-Zeit habe ich gar nichts. Der 8-Stunden-Tag muß abgeschafft und durch den 24-Stunden-Tag ersetzt werden!

Der Rückwärtler: Geh mir mit der neuen Zeit weg! Ich lobe mir meine gute alte Zeit!

Der Nachwächler: Hört, ihr Teufel und laßt euch sagen, die Glocke hat 22 geschlagen!

Wladimir Korolenko. Die Nachricht vom Tode Korolenkos, die über Warschau zu uns gelangte, scheint sich zu bestätigen. Der Dichter, der zugleich ein politischer und sozialer Kämpfer war, und in seiner lebenswichtigen, aufopferungsfähigen Persönlichkeit die ganze alte Dichtergeneration des zaristischen Rußlands symbolisierte, ist

Die Not der Zeitungen.

Die Klagen über fortgesetztes Steigen der Papierpreise, Waggonmangel usw. sind zu einer ständigen Rubrik geworden. Kaum hat sich in Verlegerkreisen die Erregung über die plötzliche Erhöhung des Förderpreises einigermaßen gelegt, liegen bereits weitere Forderungen der Fabriken auf einen Preis ab 1. Januar vor, der alle bisherigen Erhöhungen weit in den Schatten stellt. Das neue Jahr beginnt daher für das Zeitungsgewerbe so trübe, wie feins zuvor. Um das Maß voll zu machen, verlautet, daß laut Bekanntmachung des Reichsfinanzministers vom 3. Dezember 1921 der Reichsrat den Beschluß gefaßt hat, den Ertrag der Kohlensteuer für Auslandskohle aufzuheben. Danach würde die Vergünstigung des Steuererlasses für das Inland außer Kraft treten, wahrscheinlich bereits zum 1. Januar. Es würden danach die bayerischen und sächsischen Papierfabriken, die auf den Bezug böhmischer Kohle angewiesen sind, dafür außer dem Ausfuhrzoll noch 30 Proz. für deutsche Kohlensteuer zahlen müssen. Die erste Folge dieses Reichsratsbeschlusses wird natürlich eine abermalige weitere Verteuerung des Zeitungspapiers sein, denn die Papierfabriken werden natürlich bestrebt sein, diese Abgabe in den Preis des Papiers hineinzukalkulieren. Wir halten daher im Interesse des so schwer gefährdeten Zeitungsgewerbes den Beschluß des Reichsrats gerade im gegenwärtigen Augenblick für sehr unangebracht. Die Rücksicht auf das in seiner Existenz bedrohte Zeitungsgewerbe fordert vielmehr die Aufhebung dieser Verordnung. Eine ähnliche Verordnung ist nach Einspruch der Zeitungsverleger übrigens vor nicht so langer Zeit ebenfalls wieder aufgehoben worden. Man will doch nicht etwa leugnen, daß die Gründe für eine gleiche Maßnahme jetzt etwa därtiger geworden sind. Die Regierung möge den Ernst der Stunde für ein so kultur- und lebenswichtiges Gewerbe nicht verkennen! Die Presse muß bei ihrer Bedeutung für das öffentliche Leben auf Verständnis und Hilfe bei den Stellen des Staates rechnen können!

Eine Fessel für die Presse.

Die Demobilisierungsbestimmungen sehen bekanntlich vor, daß Arbeiter und Angestellte nicht von auswärts in ein neues Tätigkeitsfeld gezogen werden dürfen, solange am Orte dieser Tätigkeit selbst noch beschäftigungslose Personen des gleichen Berufes und der gleichen Fähigkeiten vorhanden sind. Es ist selbstverständlich, daß diese Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter erlassen worden und schon von legislatorischer Wirkung gewesen sind. Man kann aber auch hier die Vernunft in Unfuss, die Wohltat in eine Plage ver wandeln, wenn man derartige Vorschriften schematisch auf Gebieten anzuwenden sucht, wo sie beim besten Willen nicht passen.

Ein solcher Fall hat sich jetzt in Berlin bei einer Zeitung ereignet, die für ihren Handbetrieb einen Redakteur braucht und zu diesem Zwecke einen jungen Mann von außerhalb herangezogen, damit er als Volontär sich in die Geheimnisse der redaktionellen Tätigkeit einarbeiten könne. Der Demobilisierungsausschuß hat für diese Heranziehung zweimal die Genehmigung verlangt, und auf schriftliche und mündliche Beschwerte an den Oberpräsidenten hat dieser mit dem Hinweis geantwortet, daß „zurzeit noch Herren beim akademischen Hilfsbund stellungslos gemeldet sind, die sich als Handelsredakteur eignen“. Der betreffenden Redaktion wird anheimgegeben, die vorhandenen Kräfte anzufordern und zu prüfen, ob sie sich für den in Frage kommenden Posten eignen.

Diese Entscheidung des Oberpräsidenten halten wir für überaus ansehbar. Die Bestrebungen, stellungslosen Redakteuren zunächst eine Beschäftigung nachzuweisen, ist allerdings durchaus anzuerkennen, und wenn wirklich unter den beim Akademischen Hilfsbund Gemeldeten Handelsredakteure vorhanden wären, so könnten wir kaum einen Grund einsehen, der die betreffende Redaktion nicht veranlassen sollte, sich zunächst über die Fähigkeiten und sonstigen Verhältnisse der Stellungslosen zu erkundigen und ihre Heranziehung in Erwägung zu ziehen.

Indessen handelt es sich hier augenscheinlich lediglich um solche Personen, die Akademiker sind und erst Redakteure werden wollen. Nun kann man aber ein grundgesetzliches Haus sein und doch für den Journalistenberuf auch nicht die geringste Eignung besitzen. Für ihn kommen besondere Begabungen in Betracht, die unter hundert Bewerbern oft nur einer auszuweisen hat. Sie lassen sich weder durch staatliche Prüfungen feststellen noch aus Zeugnissen ersehen. Sie müssen in der Praxis erprobt werden. Es handelt sich also um eine besonders qualifizierte Berufsart, die sich durch irgendeinen Arbeitsnachweis nicht ergänzen läßt. Deshalb ist die schematische Anwendung der Demobilisierungsvorschriften auf die Presse ein Unding und könnte in ihrer Folgewirkung zu einer Fessel für die geistige Entwicklung des Zeitungswesens werden.

In der Arbeiterpresse besonders hat man bisher auf die freie Entwicklung der redaktionell tätigen Kräfte in höherem Maße Wert gelegt als auf die schulmäßige Vorbildung, die in der bürgerlichen Presse bis zu einem gewissen Grade Bedingung gewesen ist. Sollte die Anwendung der Demobilisierungsbestimmungen allgemein werden, so würde das einen wesentlichen Eingriff in die ganze Entwicklung der Presse bedeuten. Deshalb ist es um so bedauerlicher, daß der Oberpräsident so wenig wie der Demobilisierungsausschuß sich bei der Organisation der Presse oder einer anderen sachverständigen Körperschaft über die Sachlage informiert hätte er das getan, so wäre er wahrscheinlich von seiner fehlerhaften Entscheidung bewahrt geblieben, von der wir annehmen, daß sie baldigst die entsprechende Korrektur erfährt.

Die Völkerbundabordnung im Saargebiet.

Man spricht mit keinem Saarländer!

Genf, 30. Dezember. (W.T.B.) Ein Mitglied der Abordnung des Völkerbundsekretariats, die kürzlich im Saargebiet weilte und dieser Tage nach Genf zurückkehrte, empfangen den Sonderberichterstatter von Wolffs Telegraphisches Bureau. Der Befragte erklärte, daß die Abordnung mit keinem Saarländer gesprochen (1), sondern nur mit der Regierungskommission verhandelt habe; der Zweck der Reise sei nicht eine Unternehmung schwerender Fragen gewesen, vielmehr habe sie nur der Fühlungnahme zwischen Generalsekretariat und Regierungskommission gegolten.

Auch die Denkschrift der politischen Parteien des Saargebietes, von denen in diesen Tagen berichtet wurde, sei ihr nicht unmittelbar überreicht, sondern auf dem Wege über die Regierungskommission zugestellt worden, wie dies ein Beschluß aus dem letzten Jahre vorschreibe. Die Regierungskommission wolle übrigens noch in einem eigenen Bericht zu dieser Denkschrift Stellung nehmen.

Der Plan einer direkten Untersuchung der Verhältnisse im Saargebiet sei bisher noch nicht erörtert worden. Immerhin aber beweise die Besprechung mit der Regierungskommission das Interesse des Sekretariats an den saarländischen Angelegenheiten.

Das Problem der Frankenswährung sei in Saarbrücken besprochen worden, stehe aber nicht auf der Tagesordnung der kommenden Tagung des Völkerbundes und könne nur behandelt werden, wenn ein Mitglied des Rates oder des Völkerbundes einen entsprechenden Antrag stelle. Auch die saarländische Denkschrift könne dem Rat nur als Informationsmaterial zugehen. Auf die Bemerkung, daß auf der Tagesordnung die Ernennung von vier Mitgliedern und des Präsidenten der Regierungskommission stehe und die Denkschrift sich doch auch auf diese Punkte beziehe, entgegnete das Sekretariatsmitglied, daß auf Wunsch des Berichterstatters des Rates über Saarfragen, Wellington Koo, oder eines anderen Ratsmitgliedes die betreffenden Wünsche allerdings erörtert werden könnten.

Ueber den auf der Tagesordnung stehenden Protest der Reichsregierung wegen der Definierung des Begriffs „Saarbewohner“ durch die Regierungskommission lehnte das Mitglied der Abordnung eine Meinungsäußerung ab. Zum Schluß bemerkte der Befragte, daß der allgemeine Eindruck, den die Abordnung des Völkerbundsekretariats von der materiellen Lage der einzelnen Saarbewohner erhalten habe, günstig gewesen sei.

demnach in Volkawa, wo er seit langer Zeit den größten Teil des Jahres in einem Häuschen am Flusse lebte, gestorben. Der am 27. (18.) Juli 1853 zu Schitomir in Böhmen Geborene ist in unserem Bewußtsein hinter den Weltgroßen der russischen Literatur etwas zurückgetreten, nicht allein deshalb, weil er ihre Bedeutung nicht erreichte, sondern auch, weil sein dichterisches Schaffen seiner lang vergangene Frühzeit angehört. Seine Bedeutung liegt in der treuen Schilderung der Seele des einfachen ukrainischen Volkes, in der Darstellung der heimischen Landschaft und in der schönen, sich manchmal zum Rhythmus steigenden Sprache. Diese Vorzüge zeichnen besonders „Korolenkos Traum“ aus, eine Dichtung, die von den Sagen und den abergläubischen Vorstellungen der halbwildten Jukuten erfüllt ist, dann die Volkslegende „Was der Wald rauscht“ und die Erzählung „Der blinde Musikant“. Korolenkos dichterische Gestaltung gab sein Leben reichen Stoff. Schon als Studierender wurde er wegen seiner freisinnigen Gesinnung 1879 nach Ostibirien verbannt, von wo er 1885 zurückkehrte. Seiner Freiheitsliebe ist er auch nie untreu geworden; sein Bedürfnis, im öffentlichen Leben zu wirken, hat ihn mehr und mehr in die Publizistik geführt, wo er als Herausgeber auf politischem und literarisch-künstlerischem Gebiet eine beträchtliche Rolle gespielt hat. Seine nach der Märzrevolution geschriebene Broschüre „Der Sturz der Zarenmacht“ fand das Ergebnis des Freiheitskampfes musterhaft zusammen und fand riesige Verbreitung. Dem Bolschewismus stand er fern. Als Mensch erfreute sich Korolenko wegen seiner Ueberzeugungstreue, seiner Einfachheit und Bescheidenheit großer Bewunderung und Verehrung. Gorki hat ihn als seinen eigentlichen Lehrer bezeichnet. Doch hat der bescheidene Korolenko dies immer abgelehnt oder doch als Ueberhebung bezeichnet; was er ihm gelehrt habe, sei nicht der Rede wert. „Gorki ist so geboren“, pflegte er hinzuzusetzen. „Die kleinen Verbesserungen, die ich hinzugesetzt habe, sind bloß Dummschheiten, — die Kunst lernst du nicht.“

Korolenkos bedeutendstes Werk ist die „Geschichte eines Zeiligen“, die seine eigene Kindheit und Jugend schildert. Zola Lugemburg hat sie (im Gefängnis) übersetzt und mit einer vor trefflichen Einleitung versehen, worin sie diese ganze russische Kampfliteratur charakterisiert und Korolenkos dichterisches Talent und sympathische Menschlichkeit würdigt.

Der Zeigefinger als Zahnbürste. Zahnbürsten sind heute teuer, und daher werden sie wohl noch weniger allgemein benutzt werden, als es bisher der Fall war. Die Zahnbürste ist aber gar kein so notwendiges und unerlässliches Werkzeug, wie sie uns bisher geschildert wurde. Dies hebt Dr. W. Kühn in einem Aufsatz der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ hervor, in dem er den Zeigefinger als Ersatz für die Zahnbürste empfiehlt. Er hat früher bei seinen amtlichen Besichtigungen der Volksschulen festgestellt, daß nur ganz wenige Kinder eine Zahnbürste besaßen und noch viel weniger sie regelmäßig anwenden. Bei den jetzigen hohen Preisen für Zahnbürsten ist es ganz nutzlos, den Schulkindern und armen Leuten den Rat zu erteilen, regelmäßig jeden Tag mindestens einmal die Zähne mit der Bürste zu reinigen. Wichtiger ist es, ihnen einen Weg anzugeben, wie sie auch ohne Zahnbürste eine gründliche Zahnpflege durchführen können. Wir besitzen nun einen billigen

und ausreichenden Ersatz für die Zahnbürste in unseren eigenen Zeigefingern. Ob wir dabei den rechten oder linken Zeigefinger verwenden, bleibt der Übung und Gewohnheit überlassen. Selbstverständlich Voraussetzung ist aber, daß wir jedesmal den Zeigefinger mit Wasser und Seife gründlich reinigen und dabei auch die Nagelreinigung nicht vergessen. Ist dies geschehen, dann ist der Zeigefinger mindestens so sauber wie die Zahnbürste, und wir haben nach dem Urteil, daß wir mit dem gegliederten Zeigefinger die hintere Fläche der Zähne besser bearbeiten können als mit der steifen Zahnbürste. „Ich benutze“, sagt Kühn, „seit zwei Jahrzehnten keine Zahnbürste mehr, sondern den linken Zeigefinger; ich bin dabei ganz gut gefahren und weiß, daß auch einige andere Personen, denen ich diese „Zahnbürste“ empfohlen habe, mit ihr sehr zufrieden sind.“ Der Benutzung des Zeigefingers muß eine Entfernung der Speisereste mit einem Hölzchen vorangehen.

Vom Deutschtum in Europa und anderwärts. Väterlichen Ausführungen in der Zeitschrift des Statistischen Reichsamtes „Wirtschaft und Statistik“ entnehmen wir, daß es vor Ausbruch des Weltkrieges in Europa etwa 80 Millionen Deutsche gab, von denen 77 Millionen ein geschlossenes Gebiet Mitteleuropas bewohnten. Sie verteilten sich auf sieben verschiedene Staaten, hauptsächlich auf das Deutsche Reich (62 Millionen), Oesterreich-Ungarn (12 Mill.) und die Schweiz (2,5 Mill.)

Durch den Weltkrieg sind dem Deutschen Reich 3,5 Millionen Deutsche verloren gegangen und die Deutschen Oesterreich-Ungarns sind an sieben verschiedene Länder aufgeteilt worden. Heute leben von rund 81 Millionen Deutschen Europas im Deutschen Reich 60 bis 62 Millionen, die übrigen außerhalb desselben, davon in der Tschechoslowakei 3,7, in Frankreich 1,6, in Polen 1,5, in Rumänien 0,5, in Ungarn 0,3, in Italien 0,25 Millionen Deutsche. Der Rest verteilt sich auf 7 weitere Staaten.

Die Zahl der in Deutschland Geborenen, die in den Vereinigten Staaten leben, beträgt nach der Volkszählung von 1920 1 633 295, die Zahl der aus Deutsch-Oesterreich Stammenden 374 350. Am reichsten an Deutschbürtigen sind die Staaten New York mit etwa 450 000, Illinois und Pennsylvania mit je 250 000, Wisconsin und Ohio.

Das Telephonparadies. Mehr als bei uns scheint in Schweden die Postbehörde ihre Fernsprecheinnehmer zu vermehren. Die Stockholmer Telephonverwaltung hat nicht nur einen eigenen Dienst eingerichtet, durch den jeder Teilnehmer zu jenseitiger Stunde des Tages und der Nacht die amtliche Zeit der Sternwarte erforschen kann, sie hat auch einen besonderen Wachdienst für ihre Abonnenten eingeführt. Eine besondere Abteilung von Telephonbeamten ist nach genauen Verzeichnissen einzig und allein damit beschäftigt, die Teilnehmer zu den von ihnen angegebenen Zeiten anzurufen, sei es nun, um sie aus dem Schlaf zu wecken oder an wichtige Dinge zu erinnern. Den Rechtsanwältinnen und Ärzten steht das Fernsprechart noch zu anderem Zweck zur Verfügung: es benachrichtigt die Klienten und Patienten von der Abwesenheit und Wiederkehr des Arztes oder Anwalts. Dreimal im Tag übermittelt das Amt ferner den Teilnehmern ein ausführliches Verzeichnis der Anrufe, die etwa in ihrer Abwesenheit erfolgt sind.

